

Beschluss The kids aren't alright - Gerechte Bildung für Groß und Klein ins Berliner AGH-Wahlprogramm 2026

Gremium: Landesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 23.03.2025
Tagesordnungspunkt: 17. Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Bildung sollte kein Privileg, sondern ein Grundrecht sein – unabhängig von
2 sozialer Herkunft, finanziellen Mitteln oder Wohnort. Doch in Berlin sind
3 Chancen ungleich verteilt: Frühkindliche Bildung hängt von Kitaplätzen und
4 Personalschlüsseln ab, Schulen sind unterfinanziert und selektiv,
5 Ausbildungsplätze bleiben für viele unerreichbar, und Hochschulen werden
6 zunehmend von Leistungsdruck und sozialer Auslese geprägt. Junge Menschen
7 brauchen ein Bildungssystem, das nicht aussortiert, sondern unterstützt – mit
8 kostenfreier und guter Bildung von Anfang an, demokratischen Schulen ohne
9 Notendruck, einer garantierten Ausbildungsperspektive und einer Hochschule, die
10 allen offensteht. Wir fordern eine radikale Umgestaltung, die Chancengleichheit
11 zur Realität macht.

12 Frühkindliche Bildung

13 Die frühkindliche Bildung muss als eigenständiger Bildungsbereich gestärkt
14 werden und darf nicht primär einer schulvorbereitenden Funktion untergeordnet
15 werden. Kitas sind Bildungsorte, keine reinen Betreuungsstätten. Um gleiche
16 Bildungschancen für alle Kinder zu gewährleisten, fordern wir:

- 17 1. Die schrittweise Abschaffung privater Kitas und die vollständige
18 Finanzierung frühkindlicher Bildung durch die öffentliche Hand,
- 19 2. Die Abschaffung von Elternzuzahlungen, um den Zugang zu frühkindlicher
20 Bildung unabhängig von finanziellen Ressourcen zu gewährleisten. Zur
21 vermögens- und einkommensgerechten Beteiligung am Bildungssystem müssen
22 übergreifende Lösungen im steuerlichen Bereich gefunden werden,
- 23 3. Die Abschaffung der nur 95%-igen Förderung vom Senat und dadurch
24 entstehende Leistungsminimierung durch die Träger, um die ungedeckten
25 Kosten zu minimieren,
- 26 4. Die Veränderung des Systems hin zu einer Objektfinanzierung, um die
27 Infrastruktur und Qualität langfristig zu sichern
- 28 5. Ein verpflichtendes Kita-Jahr

29 Damit stellen wir sicher, dass frühkindliche Bildung allen Kindern gleichermaßen
30 zugutekommt und nicht von wirtschaftlichen Interessen beeinflusst wird.

31 Schule

32 Wir wollen demokratische und gerechte Schulen für alle! Deshalb fordern wir:

33 • Konzept zur Information von Eltern nicht-deutscher Muttersprache zur
34 Einschulung

35 • grundlegende Demokratisierung von Berliner Schulen

36 ◦ SVen und Rechte der Schüler*innen stärken

37 Dazu gehört beispielsweise die Teilnahme an allen wichtigen Gremien
38 als stimmberechtigte Mitglieder, statt wie bisher lediglich in
39 beratender Funktion. Wir halten es zudem für sinnvoll, Mitglieder
40 der SV an Auswahlverfahren neuer Lehrkräfte beratend mitwirken zu
41 lassen und auch die Teilnahme an Studientagen für Lehrkräfte zu
42 erleichtern. Um die Durchschlagskraft von SV-Projekten zu stärken,
43 fordern wir schließlich ein festes Budget für diese. Ein solches
44 würde der Unabhängigkeit der SV zugute kommen und die Schüler*innen
45 würden den verantwortungsbewussten Umgang mit finanziellen
46 Ressourcen früh erlernen.

47 ◦ Lehrkräfte verpflichtend im Bereich Demokratiebildung ausbilden

48 ◦ Parität in der Schulkonferenz

49 ◦ eine Überarbeitung des §84a Klassenrat im Berliner Schulgesetz. Der
50 Klassenrat soll dort dezidiert als demokratiepädagogisches
51 Instrument gefasst werden, welches über die reine Konfliktklärung
52 hinaus der Mitbestimmung der Schüler*innen an Schulentwicklung und
53 Unterrichtsgestaltung dient. Schüler*innen sollen ab dem ersten
54 Schuljahr das Recht auf mindestens einen wöchentlichen Klassenrat
55 gewährt bekommen. Sie sollen per Schulkonferenz beschließen können,
56 dass der Klassenrat zwei Mal pro Woche stattfinden kann. Die Schulen
57 sollen die Aufgabe erhalten, die Schüler*innen über den Zweck des
58 Klassenrats und ihre Schüler*innenrechte intensiv aufzuklären.
59 Darüber hinaus sollen Lehrkräfte zu der Durchführung von Klassenrat
60 in der Lehramtsausbildung und durch Fortbildungen befähigt werden.
61 Dies ist ein notwendiger Bestandteil des Berufs.

62 ◦ Schulaufsicht: kontroll- und beratende Funktion muss getrennt werden

63 ◦ Demokratische Schulentwicklung fördern. Dazu zählt für uns, dass
64 Schüler*innen verstärkt in die Entwicklung von Lehrplänen und
65 Schulregeln integriert werden, die Zusammenarbeit von Schulen mit
66 Organisationen, wie den Zentralen für politische Bildung gestärkt
67 wird und Schüler*innen frühzeitig Einblicke in demokratische
68 Prozesse erhalten. Nur durch konkrete Maßnahmen kann sichergestellt
69 werden, dass eine demokratische Schulentwicklung stattfindet und

- 70 damit das Verständnis von Demokratie in der Schülerschaft geschärft
71 wird.
- 72 • Ziffernoten abschaffen und stattdessen Feedbackgespräche einführen
 - 73 ◦ an Grundschulen sofort, weiterführenden Schulen langfristig
 - 74 ◦ für Abschlüsse sind Noten aktuell notwendig, aber müssen mit
75 Berichten ergänzt werden
 - 76 • Hausaufgaben abschaffen -> Schul-Lernzeit einführen für vertiefende
77 Übungen
 - 78 • Berufseinstieg und Verbeamtung:
 - 79 ◦ Menschen, die Psychotherapie in Anspruch nehmen, schützen. Wir
80 wollen Diskriminierung gegen psychisch erkrankte Menschen verhindern
 - 81 ◦ Nichtverbeamtung wegen BMI beenden
 - 82 ◦ Verhindern, dass angehende Lehrkräfte wegen ihres demokratischen,
83 politischen Engagements auf dem Boden des Grundgesetzes in ihrer
84 Ausbildung behindert werden
 - 85 ◦ Kopftuchverbot für Lehrkräfte abschaffen
 - 86 • obligatorische Freistellung & verbindliche Wahrnehmung von Fortbildungen
 - 87 • Probeunterricht abschaffen, wir wollen eine freie Schulwahl &
88 unverbindliche Schulempfehlungen wie zB in Niedersachsen
 - 89 • inklusive Gemeinschaftsschule als präferiertes Schulmodell fördern
 - 90 • Inhalte der Informatik müssen in den Lehrplan integriert werden
 - 91 • die Abschaffung der Aufgliederung des Schulsystems und die Einführung
92 einer "Schule für alle", an der alle Schulabschlüsse erworben werden -
93 Gymnasien abschaffen!
 - 94 • die konsequente Umsetzung des verfassungsrechtlichen Sonderungsverbots,
95 damit die Zusammensetzung der Schüler*innen an Privatschulen der Vielfalt
96 Berlins entspricht
 - 97 • eine Stärkung des projektorientierten Unterrichts. Langfristiges Ziel soll
98 die Überwindung der Einteilung in Schulfächern sein. Wir wollen, dass
99 Schule in Zukunft projektorientiert stattfindet
 - 100 • multiprofessionelle Teams & Inklusion stärken
 - 101 ◦ Um Chancengleichheit und Inklusion zu fördern muss die Deckelung der
102 Lehrkräftestunden an Brennpunktschulen rückgängig gemacht werden.
103 Bis zur Etablierung inklusiver Regelschulen in ganz Berlin, muss in

104 jedem Bezirk die Förderung von Schülis aller Förderschwerpunkte
105 durch die Bereitstellung von Fachpersonalstellen, angemessenem
106 Material und Räumlichkeiten in Schwerpunktschulen ermöglicht werden.

107 • Lehrkräftebildung

108 ◦ die Erhöhung der Mittel für die Lehrkräftebildung zusätzlich zum
109 grundsätzlichen Mittelaufwuchs von 3,5%

110 ◦ faire Bezahlung des Praxissemesters

111 ◦ Aufwuchs der Studienplätze nach Schulform und Fachrichtung

112 ◦ Mentale Gesundheit, Beziehungsarbeit, Teamarbeit, Konfliktfähigkeit,
113 Antidiskriminierung, Demokratiebildung und kritische
114 Auseinandersetzung mit Machtstrukturen an Schulen

115 ◦ Aus- und Weiterbildung in den pädagogisch-didaktischen Möglichkeiten
116 digitalen Lehren und Lernens in einer digitalen Lernumgebung

117 ◦ Fort- und Weiterbildung für sprachsensiblen Fachunterricht

118 ◦ Ausbildung muss LK auf Differenzierung im Unterricht an
119 Gemeinschaftsschule vorbereiten

120 ◦ Modellprojekt für duale Lehramtsstudiengänge in Berlin einführen

121 • Lehrplan:

122 ◦ Wir fordern eine stärkere Betonung von Bildung für nachhaltige
123 Entwicklung (BNE) im Lehrplan, die über den fächerübergreifenden
124 Ansatz hinaus geht. Schüler*innen müssen unter anderem besser über
125 die Klimakrise, ihre Folgen, Gegenmaßnahmen und damit
126 zusammengehörende Gerechtigkeitsfragen aufgeklärt werden. BNE muss
127 künftig ein fester Bestandteil des Lehramtsstudiums in der
128 Bundeshauptstadt sein. Wir dürfen es nicht weiter zulassen, dass
129 zentrale Herausforderungen unserer Zeit, unserer Generation und
130 Nachfolgenerationen wie Armut, Bildungsungleichheit,
131 Geschlechterungerechtigkeit oder die Klimakrise nicht im Unterricht
132 behandelt werden. Mithilfe von BNE werden junge Menschen befähigt,
133 sich trotz Widersprüchen, Unsicherheiten und Zielkonflikten an
134 Aushandlungs- und Gestaltungsprozessen für eine nachhaltige
135 Entwicklung - die Lösung der Herausforderungen unserer Zeit -
136 einzusetzen.

137 ◦ Gesundheitsförderung und Mentale Gesundheit in den Lehrplan

138 ◦ Sexualekundeunterricht reformieren

- 139 ◦ Stopp mit westlicher Sicht in Geschichtsunterricht

- 140 ◦ bessere Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit Deutschlands im
141 Geschichtsunterricht

- 142 ◦ stärkerer Gegewartsbezug in der Aufarbeitung des
143 Nationalsozialismus, insb. der Shoa, und dessen Kontinuitäten

- 144 • Gleitzeitsystem in Schulen einführen

- 145 • die vollständige Lernmittelfreiheit für alle Schüler*innen unabhängig vom
146 Sozialleistungsbezug
- 147 ◦ dazu gehört auch die Zurverfügungstellung von digitalen Endgeräten
148 für alle Schüler*innen

149 Berufsorientierung

150 Die GRÜNE JUGEND Berlin fordert eine Verbesserung der
151 Berufsorientierungsangebote an allgemeinbildenden Schulen. Bildungseinrichtungen
152 sollen nicht bloß Wissen vermitteln, sondern Schüler*innen auf die zunehmend
153 komplexe Welt vorbereiten.

154 Berufsorientierung muss ab der 7. Klasse als fester Bestandteil des Lehrplans
155 verankert werden. Dabei müssen Schüler*innen auch praxisnah auf
156 Bewerbungsprozesse vorbereitet werden. Es braucht mehr Raum für Praktika,
157 Betriebserkundungen und praxisnahe Projekte im Unterricht und die Einführung
158 regelmäßiger individueller Berufsorientierungsgespräche für alle Schüler*innen.
159 Dazu unterstützen wir die Einführung eines Perspektivenjahres.

160 Außerdem fordern wir verpflichtende Module zu Arbeitnehmer*innenrechten und die
161 Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, um Schüler*innen über ihre Rechte im
162 Berufsleben zu informieren.

163 Wir fordern eine gleichwertige Berufsorientierung für Ausbildungs- und
164 akademische Berufe durch die Einführung von Projekttagen und Praktika mit Fokus
165 auf handwerkliche, technische und soziale Berufe und die Förderung von
166 Ausbildungsbotschafter*innen an Schulen.

167 Die Berufsorientierungsangebote an Schulen müssen frei von
168 Geschlechterstereotypen sein. Wir fordern eine geschlechtersensible Beratung
169 durch Expert*innen und gezielte Förderprogramme, um geschlechtsstereotypische
170 Berufswahlen zu vermeiden.

171 Berlin braucht eine zukunftsorientierte, nachhaltige und gerechte Berufsbildung
172 – jetzt!

173 Hochschule

174 In einer modernen Hochschullandschaft muss die digitale Transformation dafür
175 sorgen, dass Bildung für alle zugänglich und flexibel wird. Wir müssen alle
176 Berliner Hochschulen in ihren digitalen Angeboten massiv ausbauen: von
177 interaktiven Online-Lernplattformen über virtuelle Labore bis hin zu digitalen

178 Bibliotheken. Besonders in gestalterischen Studiengängen ist der
179 Materialverbrauch extrem hoch, was viele Studierende vor enorme finanzielle
180 Herausforderungen stellt. Deshalb ist der Aufbau eines gezielten Förderprogramms
181 für Materialkosten und digitale Werkzeuge dringend notwendig! Außerdem müssen
182 bedürftigen Studierenden digitale Endgeräte kostenlos zur Verfügung gestellt
183 werden.

184 Wir wollen die Abschlussnote als zentrales Auswahlkriterium für die
185 Studienplatzvergabe abschaffen. Stattdessen sollen Verfahren eingeführt werden,
186 welche die Motivation der Bewerbenden in den Vordergrund stellen.
187 Solche Verfahren müssen so gestaltet sein, dass Bewerber*innen aus weniger
188 privilegierten Familien nicht benachteiligt oder soziale Ungleichheiten
189 verstärkt werden. Um dies sicherzustellen, benötigt es eine externe Evaluierung,
190 sodass die Chancengleichheit kontinuierlich verbessert wird. Um
191 Chancengleichheit nachhaltig zu erhöhen, muss bereits in der Schule angesetzt
192 werden, indem durch Empowerment-Strukturen Schüler*innen aus sozial
193 benachteiligten Gruppen ein faire Chance in solchen Verfahren ermöglicht wird.
194 Es muss verhindert werden, dass Bewerbungsverfahren teure Materialien oder
195 unbezahlte Arbeit voraussetzen.
196 Wir fordern die Abschaffung des endgültigen Nichtbestehens, es darf keine
197 Begrenzung der Prüfungsversuche geben.

198 In den letzten Jahren gab es im Rahmen des Israel-Palästina Konflikts zahlreiche
199 Debatten über antisemitische Bedrohung, antipalästinensischen Rassismus und
200 Wissenschaftsfreiheit an den Berliner Hochschulen. Die Lehre daraus muss sein:
201 Studierende jeglicher Diskriminierung müssen konsequent geschützt werden. Oft
202 agiert die Polizei eskalierend statt deeskalierend. *Deshalb muss die Polizei
203 grundsätzlich anders vorgehen. An Hochschulen braucht es andere Konzepte zur
204 Sicherstellung von Sicherheit, die ohne Polizei auskommen. Wir fordern eine
205 Abschaffung des Ordnungsrechts an Berliner Hochschulen, den Schutz der
206 Wissenschaftsfreiheit und kontroverser wissenschaftlicher Debatte sowie den
207 konsequenten Schutz von Studierenden, die von Antisemitismus und/oder Rassismus
208 betroffen sind.

209
210 Darüber hinaus muss die Demokratie an Hochschulen gestärkt werden:
211 Studierendenvertretungen müssen echte Einflussmöglichkeiten erhalten durch eine
212 viertel-paritätische Besetzung aller Gremien der akademischen Selbstverwaltung.
213 Die GRÜNE JUGEND Berlin fordert außerdem die explizite Festschreibung des
214 allgemeinpolitischen Mandats der Studierendenschaften im Berliner
215 Hochschulgesetz.

216 Wir wollen prekäre Arbeitsverhältnisse an Universitäten beenden und
217 solidarisieren uns mit den Forderungen von TVStud.

218
219 Die Lage auf dem Wohnungsmarkt ist für Studierende dramatisch. Berlin muss den
220 Neubau von Wohnheimen deshalb massiv beschleunigen. Zudem muss es sich dafür
221 einsetzen, dass sich das BAföG nach den tatsächlichen Kosten der Wohnung
222 richtet, jedenfalls aber abhängig nach Wohnort festgesetzt wird. Berlin soll
223 sich zudem für eine grundlegende Reform des BAföG einsetzen. Hier braucht es
224 einen automatischen Inflationsausgleich wie bei anderen Sozialleistungen. Zudem
225 braucht es einen vollständigen Zuschuss, eine komplette Elternunabhängigkeit und
226 die Ausweitung der Förderzeit. Außerdem soll eine Familienversicherung bis zum
227 30. Lebensjahr möglich sein. Von der Zahlung des Rundfunkbeitrags sollen

228 Freiwilligendienstleistende befreit sein. Für Studierende, die nicht BAföG
229 beziehen, und Auszubildende muss der Rundfunkbeitrag ermäßigt werden.

230 Ausbildung

231 Wir setzen uns außerdem für eine Aufwertung der dualen Ausbildung in Berlin ein.
232 Dafür fordern wir die Schaffung eines Auszubildendenwerks, analog zum
233 Studierendenwerk. Das Azubiwerk soll eigene Wohnheime und Mensen für Azubis
234 betreiben, um den kaum bezahlbaren Lebenshaltungskosten für Azubis
235 entgegenzuwirken. Es soll außerdem soziale Beratung für Auszubildende anbieten
236 und einen Fokus auf die Förderung von Demokratie im Betrieb legen, indem
237 besonders die Gründung von Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAVen)
238 unterstützt wird und JAVen in ihrer Arbeit beraten werden.

239 Um genügend hochwertige Ausbildungsplätze zu schaffen, fordern wir die
240 Einführung einer umlagefinanzierten Ausbildungsplatzgarantie. Die Umlage soll
241 ausbildende Betriebe finanziell unterstützen, um Anreize zur Schaffung von
242 Ausbildungsplätzen zu bieten und Investitionen in Ausbildungsqualität zu
243 erleichtern. Die Umlage wird am besten in den allgemeinverbindlichen
244 Tarifverträgen pro Branche festgehalten. Wo keine tarifliche Lösung gilt, muss
245 jedoch eine gesetzliche Regelung greifen. Bei der Ausbildungsplatzgarantie muss
246 die betriebliche Ausbildung immer Vorrang vor schulischen Modellen haben.

247 Damit die Entscheidung für einen Ausbildungsberuf nicht vom Einkommen der Eltern
248 abhängt, muss die Mindestausbildungsvergütung auf mindestens 992 € netto
249 steigen. Zusätzlich fordern wir einen staatlichen Lernmittelzuschuss für alle
250 Azubis.

251 Berufsschulen

252 Der Unterricht an Berufsschulen muss grundlegend reformiert werden.
253 Auszubildende sollen nicht ausschließlich auf Abschlussprüfungen vorbereitet
254 werden, sondern auf das reale Berufsleben. Dafür ist es notwendig, dass in
255 Zusammenarbeit mit Auszubildenden, Gewerkschaften, Berufsschullehrkräften,
256 Ausbilder*innen, Wissenschaftler*innen und den Kammern moderne, zeitgemäße
257 Rahmenlehrpläne entwickelt werden. Diese müssen auch den gezielten Einsatz
258 aktueller sowie zukunftsweisender Technologien in den jeweiligen Berufsfeldern
259 integrieren – beispielsweise den Umgang mit KI in der Informatik – und somit die
260 Ausbildung an die sich wandelnden Anforderungen der Arbeitswelt anpassen.

261
262 Gleichzeitig soll der Schwerpunkt vom reinen Auswendiglernen weg verlagert
263 werden. Stattdessen wird der kompetenzorientierte Umgang mit Hilfsmitteln wie
264 zum Beispiel Formelsammlungen und Taschenrechnern in den Mittelpunkt gestellt,
265 um das Verständnis und die praktische Anwendung von Wissen zu fördern